



Protokoll der Jahrestagung am 11. Und 12. April 2014

Europäische Rahmenbedingungen gewerkschaftlicher Arbeitspolitik – Gute Arbeit in Europa?

1. Vorbemerkung

Wie gewohnt legen wir für einen raschen Überblick über die Schwerpunkte von Vorträgen und Debatten auf unserer Jahrestagung ein Ergebnisprotokoll vor. Allen TeilnehmerInnen, ReferentInnen wie Diskutanten sei nochmals herzlich gedankt. Wir denken, dass uns die Tagung in den Einschätzungen zu den großen Herausforderungen der Europa-Krise und den Ansätzen zu arbeitspolitischen Antworten, die es dringlich weiterzuentwickeln gilt, einen Schritt vorangebracht hat. Die Foliensätze zu den Referaten dokumentieren wir zusätzlich zu diesem Tagungsprotokoll. Für den raschen Überblick haben wir außerdem einen kurzen Tagungsbericht erstellt.

2. Begrüßung

Rainer Knerler dankt in seiner Begrüßung zunächst den verschiedenen Gewerkschaften/Organisationen, die auch dieses Jahr wieder die Jahrestagung des Forums Neue Politik der Arbeit (FNPA) unterstützt haben. Sie ermöglichen damit die Fortführung der wichtigen Debatte um gewerkschaftliche Arbeitspolitik in Bezug auf Europa und allen ReferentInnen sei bereits jetzt für ihre Teilnahme gedankt.

Betrachtet man die aktuelle politische Entwicklung in Osteuropa und langfristige ökonomische Krisenentwicklungen in der EU, dann müsse es in allen Bereichen um Deeskalation und um Friedenspolitik gehen. Die Quelle aller ökonomischen Fehlentwicklungen in der EU liege darin, dass der Wert der Arbeitskraft nicht (an)erkannt werde. Was die Politik hierzulande mit ArbeitnehmerInnen aus anderen Ländern der EU z. B. unter dem Begriff des „Sozialschmarotzertums“ anstelle, entbehre jeder politischen Verantwortung und Rationalität. Aus Anlass einer aktuellen Diskussion mit Vertretern des Unternehmerverbandes in Kronstadt/Rumänien sei z. B. zu sagen: von dort werde der in Rumänien dringend benötigte Nachwuchs nach Deutschland abgeworben und dann hier miserabel bezahlt. Es sei wichtig dagegen zu fragen und zielstrebig zu diskutieren, was „Gute Arbeit in Europa“ an jedem Ort eigentlich bedeuten müsse, auch wenn unübersehbar sei, dass Antworten auf diese Frage angesichts der höchst unterschiedlichen Lagen in den Ländern der EU sicherlich recht un-

einheitlich ausfallen werden. Vielleicht kann es uns gemeinsam auf der Tagung gelingen, einige konstruktive Überlegungen zu den anstehenden Fragen beizusteuern.

3. Vorträge und Diskussionen des ersten Tages

Lukas Oberndorfer setzt sich in seinem Vortrag kritisch mit der „autoritären Konstituierung der Wirtschaftspolitik“ am Beispiel des EU- Wettbewerbspakts auseinander. Der ziele auf eine Vertiefung der neoliberalen ‚Integration‘ durch eine autokratische Wende und zwar im Wege (1) einer Schwächung der Gewerkschaften, (2) der Durchsetzung einer marktconformen Demokratie sowie (3) einer Aufwertung der Exekutive auf Ebene der EU, und in der Folge auch national.

Verknüpft mit der Deutung der Krise als Staatsschuldenkrise seien die Troika und eine New Economic Governance geschaffen worden: In den Jahren 2011 bis 2013 seien Instrumente entwickelt und eingeführt worden, mittels derer in den Mitgliedsstaaten Budgetdisziplin durchgesetzt und lohnpolitisch interveniert werden könne (Six-pack 2011). Weiter werde mit der Genehmigung von nationalen Haushaltsentwürfen durch die Kommission versucht, der Troika eine Rechtsgrundlage zu geben (Two-pack 2013). Mit dem Fiskalpakt sei schließlich unter Umgehung des Unionsrechtes ein völkerrechtlicher Vertrag zur Durchsetzung der ‚Schuldenbremse‘ In Kraft gesetzt worden. Pakte zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, am Maßstab des globalen Wettbewerbs, sollen sich hier anschließen (siehe die Rede der Bundeskanzlerin in Davos 2013).

Man müsse hier von einer autokratischen Wende in der Europapolitik sprechen, von einem „postdemokratischen Exekutivföderalismus“ (Habermas), „Postdemokratie“ (Crouch, Urban) oder einem „Kapitalismus ohne Demokratie“ (Streeck). Das neoliberale Projekt sei in eine Krise geschliddert. Spielräume für Zugeständnisse an die Arbeitenden sänken, und so bleibe nur die autokratische Wende, da eine Umverteilung von oben nach unten nicht gewollt sei. Maßgebliche Akteure seien konservative Staatschefs und nationale Regierungen – die deutsche vorweg –, transnationale Unternehmerverbände, die EU-Kommission. Durchgesetzt werden sollten eine New Economic Governance und der EU-Wettbewerbspakt.

Die EU-Kommission überprüfe nun anhand eines von ihr erstellten Scoreboards wirtschaftlicher Indikatoren, ob „übermäßige Ungleichgewichte“ als Ergebnis mangelnder Wettbewerbsfähigkeit vorlägen. Sie sei dabei zu Zusammenarbeit mit Rat und Europäischem Parlament verpflichtet, aber die Exekutive entscheide allein. Der Begriff „ungleiche Entwicklung“ sei dazu unter dem Blickwinkel der Wettbewerbsfähigkeit umdefiniert worden. Es gehe nicht mehr um die Angleichung von Arbeits- und Lebensbedingungen sondern um die Herstellung von Wettbewerbsfähigkeit durch Senkung von Löhnen und arbeitsrechtlichen Standards. Die ersten Erfahrungen aus 2013 belegten das klar: Für Spanien würden gegen ‚Verkrustungen‘ Arbeitsmarktreformen gefordert, in Slowenien und auch in Frankreich eine Senkung des Mindestlohns, in Italien eine Verlagerung der Tarifverhandlungen auf Betriebsebene.

Zur Durchsetzung der Ziele des Wettbewerbspaktes seitens der Kommission seien „Zuckerbrot und Peitsche“ mittels entsprechender Instrumente vorgesehen: einerseits finanzielle Anreize und Kredite, andererseits Sanktionen in Form von Geldbußen oder der Kürzung/Nichtverlängerung von Fristen zum Defizitabbau. Die vorgesehene Ermächtigung von Kommission und Rat sei aber rechtlich nicht abgesichert, da die EU nur durch ein ordentliches Vertragsänderungsverfahren mit neuen Kompetenzen ausgestattet werden könne. Die

nicht zuletzt hieran sichtbar werdende Krise der neoliberalen Integration sei für die Gewerkschaften eine große Gefahr. Das liege auf der Hand. Sie sei aber doch auch eine Chance: Der brüchig werdende Konsens eröffne auch Möglichkeiten für neue Formen des Widerstands und für neue Bündnisse für ein demokratisches, soziales und ökologisches Europa.

Heiko Glawe zieht in seinem Vortrag, eine „selektive Zwischenbilanz zur Strategiedebatte europäischer Gewerkschaftspolitik“, wie sie im FNPA seit 2009 wiederholt geführt worden ist, um dann den Bogen zu der von Hans-Jürgen Urban, für den er mit diesem Vortrag einspringt, konstatierten gewerkschaftlichen „Strategielücke“ zu schlagen.

Diese „Strategielücke“ sei unbeschadet der Debatten der letzten Jahre nicht kleiner geworden. Die Vielfalt der auf den Tagungen des FNPA präsentierten Analysen zeige die Dringlichkeit des Themas, habe die Ratlosigkeit bei Umsetzungsfragen aber eher noch erhöht. Für Gewerkschafter hätten im Europawahljahr 2014 die Betriebsratswahlen Vorrang. Im Blick auf die Forderungen nach einem sozialen Europa höre man eher resignative Töne. Bestimmende Themen in der Republik seien Mindestlohn und Rente – und regional in Berlin eher der Volksentscheid zum Tempelhofer Feld und das Elend des neuen Flughafens.

Im Blick auf Europa sei aber festzustellen: (1) Die Tendenz zur Herausbildung eines europäischen Arbeitsmarkts habe sich - zumal mit Aufnahme der osteuropäischen Staaten – erheblich verstärkt, gleichzeitig habe (2) der supranationale Zugriff auf nationalstaatliche Regulationsdomänen der Arbeitsbeziehungen dramatisch zugenommen, was in Verbindung mit dem Beharren auf Nichtzuständigkeit der EU-Institutionen dem Kampf gegen Windmühlenflügel gleich komme. Eine Folge seien auf dem deutschen Arbeitsmarkt teilweise dramatische Ausbeutungsverhältnisse für Arbeitende aus den osteuropäischen Ländern.

Es komme vor diesem Hintergrund darauf an, gewerkschaftliche Europapolitik in einem Mehrebenensystem genauer zu fassen. Es gebe hier Ressourcen und Ansätze, die teilweise auf früheren Tagungen des FNPA diskutiert worden seien. Allerdings fehle bisher eine systematische Erfassung der institutionellen gewerkschaftlichen Ressourcen auf den verschiedenen Ebenen als Voraussetzung für eine strategische Ausrichtung im Mehrebenensystem. Die Schließung der Strategielücke sei aber kein kurzfristiges Projekt. Es gelte strategische Projekte für eine europäische Gewerkschaftspolitik zu finden, auch wenn dies zugegebenermaßen sehr anspruchsvoll und mit vielen praktischen Hindernissen verbunden sei. Allerdings zeige sich aber gerade in jüngster Zeit, dass die Gewerkschaften durchaus in der Lage sind, erfolgreich auf Herausforderungen der sich in Richtung Prekarität verändernden Arbeitswelt zu reagieren (z.B. IGM: Erschließung von Leiharbeit).

Es komme darauf an, die europäische Perspektive systematisch in laufenden Prozessen gewerkschaftlicher Arbeitspolitik zu entwickeln. Dafür sei ein Monitoring der eigenen europapolitischen Ressourcen erforderlich und gewerkschaftsübergreifend anzulegen. Bündnisstrategien seien nach wie vor sinnvoll, allerdings weniger als Rettungsanker, sondern auf der Basis eigener Stärke und klarer Ziele.

Aus der **Diskussion zu den beiden Referaten** seien hier die folgenden Punkte hervorgehoben:

- Im Blick auf ein soziales Europa gab es eine kontroverse Debatte. Einerseits wurde es als *grundfalsch* angesehen, die *gewerkschaftlichen Kompetenzen auf Europa zu verlegen*. Das schwäche die Sozialpolitik auf einzelstaatlicher Ebene und sei mit im-

mensem bürokratischem Aufwand verbunden. In allen früheren Debatten des FNPA sei zu Recht die nationale Handlungsebene als die wichtigere angesehen worden, aber es gelte dort die europäische Dimension sichtbarer zu machen. Gegen den Tatbestand, dass hierzulande Schutzregelungen auf dem Arbeitsmarkt unterlaufen würden, was inzwischen im Übrigen auch für Hochqualifizierte gelte, sei ein sozialdemokratisch geführtes Arbeitsministerium in die Pflicht zu nehmen.

Allerdings stelle sich zum einen mehr und mehr die Frage, ob die These vom Vorrang der nationalen Handlungsebene noch zutrifft, wenn andererseits auf europäischer Ebene wesentliche Weichenstellungen vorgenommen würden und sich zudem ein kaum regulierter europäischer Arbeitsmarkt herausbilde. Außerdem wurde die Dichotomie zwischen europäisch oder national kritisiert. Gerade in Bezug auf die nationalen Arbeitsverwaltungen ginge es zunächst darum, sie europafähig zu machen.

- Die EU-Kommission träfe in der Bevölkerung hierzulande auf viel Zustimmung, wenn sie zum Sparen auffordere. *Teil einer Gegenstrategie* könne es da sein, immer wieder *Transparenz zu fordern*, auch zu fragen, wer da die Kommission wissenschaftlich berate, welche Interessen im Hintergrund wirkten usw. Und es gelte *die Prämissen des neoliberalen Projekts scharf zu kritisieren*, was die Sozialdemokratie im Europawahlkampf einmal mehr nicht tue. Damit bleibe man gegenüber dem Argument der Sparzwänge in der Defensive – und dies angesichts einer Verdopplung der gesellschaftlichen Reichtumsproduktion in den vergangenen 40 Jahren. Wenn Kollegen sagten, sie könnten die Rede vom sozialen Europa nicht mehr hören, müsse man klar machen, dass dieses Europa eben zu allererst ein neoliberales Projekt und als solches eben zutiefst kritikbedürftig sei. Im gewerkschaftlichen Diskurs ginge es aber auch darum, dass die Forderung nach einem „sozialen Europa“ nicht abstrakt bleiben dürfte, weil – anders als auf der nationalen Ebene – konkrete Felder der Auseinandersetzung fehlen und damit kein Mobilisierungspotential entsteht.
- Dass die Europa-Krise in der Mitgliedschaft so wenig präsent sei, verweise auf eine in der Geschichte der Arbeiterbewegung immer wieder bestätigte Erfahrung. *Es bedürfe einiger weniger Ziele und Begriffe, um Perspektiven zu benennen und dadurch politisch zielgerichtet handeln zu können*. Dabei seien gewerkschaftliche Kernfunktionen wie Einschränkung der Lohnkonkurrenz und Gute Arbeit in den Vordergrund zu rücken. Es müsse klar werden, dass es gegen Konkurrenz und Wettbewerb um Kooperation und Solidarität gehen müsse.
- Man dürft nicht aus dem Blick verlieren, dass wir – bildlich gesprochen – uns hier *in Deutschland noch im Auge des Sturms* befänden, der v. a. an der südlichen Peripherie in den „wettbewerbsschwachen Ländern“ tobe – und dort nehme die massive Kritik an Europa zu. Wenn, wie in der gegenwärtigen Hegemoniekrise des Neoliberalismus, das Alte sterbe und das Neue nicht zur Welt kommen könne, dann würden in der Tat die obskursten Gestalten zu Wortführern im politischen Geschäft. Zivilgesellschaft einschließlich Gewerkschaften sind hier gefordert.

Annelie Buntenbach beginnt ihren Vortrag über das „Race to the bottom“, das in der EU im Zeichen der Agenda 2010 als angeblichem Modell für Europa angestachelt werde, mit einem Zitat aus dem Lissabon-Vertrag. Ihm zufolge

„bekämpft (die europäische Gemeinschaft) soziale Ausgrenzung und Diskriminierungen und fördert soziale Gerechtigkeit und sozialen Schutz, die Gleichstellung von Frauen und Männern, die Solidarität zwischen den Generationen und den Schutz der Rechte des Kindes.“

Aber was fördere sie heute tatsächlich? Das Aushebeln von Tarifverträgen (in den ‚Krisenländern‘), die Schwächung der Gewerkschaften, Lohneingriffe, Senkung von Mindestlöhnen sowie der Löhne für öffentlich Bedienstete. Verarmung und eine Zunahme von Ausgrenzung seien die Folge.

Aber auch in Deutschland nehme die Tarifbindung ab. Hier habe zwar die Beschäftigung zugenommen, nicht aber das Arbeitsvolumen. Also sei vorhandene Arbeit auf mehr Menschen verteilt worden, z. T. durch die systematische Zersplitterung von Beschäftigung. Damit habe Armut trotz Arbeit zugenommen. Bei Löhnen und Einkommen setze sich das obere Zehntel ab, atypische Beschäftigung sei der Treiber des gewachsenen Niedriglohnssektors und der Staat subventioniere immer mehr Löhne. Insgesamt schwächten die Arbeitsmarktreformen die Beschäftigten und die Gewerkschaften. Aber bei der 150-Jahrfeier der SPD habe der französische Präsident Hollande die Agenda 2010 der Regierung Schröder gelobt; und der italienische Ministerpräsident Renzi tue derzeit nichts anderes – während der DGB seine kritischen Analysen über die Auswirkungen der Agenda 2010 am Arbeitsmarkt und in den Sozialsystemen an die Gewerkschaften der EU-Länder verschicke.

Diese Arbeitsmarktreformen seien kein Vorbild für Europa. Die Hartz-Reformen seien nicht die Ursache für die gute Beschäftigungssituation. Deutschland profitiere vielmehr vom Euro, habe eine funktionierende Sozialpartnerschaft, die auch in Krisenzeiten Lösungen gefunden habe (tarifliche Regelungen, Kurzarbeitergeld, betriebliche Flexibilität) und sei eben ein starker und innovativer Industriestandort mit (noch) hohen Löhnen – aber auch einem inzwischen massiv gewachsenen Niedriglohnsektor. Zur Bundestagswahl habe der DGB deshalb die Forderung nach einer neuen Ordnung am Arbeitsmarkt, einschließlich gesetzlichem Mindestlohn, Stärkung des Tarifsystems und Eindämmung prekärer Beschäftigung ins Zentrum gestellt. Und bei der Europawahl fordere man ‚Vorfahrt für ein soziales Europa‘. Das bedeute auch hier eine ‚neue Ordnung der Arbeit‘. Solange Wettbewerbsfähigkeit via Senkung von Lohnkosten etc. erreicht werden solle, werde man aus der Krise nicht herauskommen. Also brauche man überall wirksame Mindeststandards und faire Bedingungen für Mobilität auf dem europäischen Arbeitsmarkt. Was den Gewerkschaften in Europa allerdings nicht gelinge, sei, die ‚Brücke vom Himmel der Institutionen zur nationalen Handlungsebene hinzubekommen‘, wo es gelte, die Regierungen in die richtige Richtung zu schieben.

Matthias Knuth legt im Anschluss hieran eine kritische Analyse der „Arbeitsmarktreformen und des Beschäftigungswunders in Deutschland“ vor. Mittels eines differenzierten Blicks auf vielfältige empirische Quellen geht er der Frage nach, ob die Hartz-Reformen tatsächlich die Effekte gehabt hätten, die ihnen die Politik heute zuschreibe und derentwegen die Befürworter der neoliberalen Austeritätspolitik sie derzeit als deutsches Modell für Europa anpreisen – während in Deutschland selbst immerhin gerade begrenzte Korrekturen an dieser Arbeitsmarktreform vorgenommen würden.

Wie einige Basisdaten des Erwerbssystems in Deutschland zeigen, sank seit den Hartz-Reformen die Zahl der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, es gab mehr Erwerbstätige, während das Arbeitsvolumen seinen langfristigen Sinkflug unterbrach, aber keine klare Tendenz zum Anstieg erkennen lässt. Wie ein näheres Hinsehen zeigt, erfolgte die breitere gesellschaftliche Verteilung der Arbeit als ein durchaus unsolidarisches Projekt, nämlich vor allem als Zunahme von Teilzeitarbeit für bestimmte Beschäftigtengruppen.

Bezogen auf eigentlich alle näher betrachteten Trends (z. B. bei atypischer Beschäftigung, Leiharbeit, Einstellung in betriebliche Beschäftigung nach vorherigem Erwerbsstatus) markiert Hartz IV keinen Einschnitt oder Wendepunkt sondern allenfalls eine, z. T. vorübergehende, Verstärkung längerfristiger Trends. Eine recht deutliche Zunahme gibt es nur bei Minijobs in Form von Nebenjobs – und zwar für Männer und Frauen. Jedoch haben die gesellschaftlichen Kontroversen um die neoliberale Grundlogik dieser Reform die gesellschaftliche Wahrnehmung für Entwicklungen geschärft, die der Reformlogik entsprechen, aber (teilweise viele Jahre) vor den Reformen begonnen haben.

Zusammenfassend hebt er hervor: (1) der Rückgang der Arbeitslosigkeit erfolgte v. a. aufgrund des demographischen Wandels, der Stabilisierung des Arbeitsvolumens und der Zunahme von Teilzeitarbeit. (2) Aktivierende Effekte der Reformen hätten sich auf Kurzzeit-Arbeitslose beschränkt. Das Problem der Langzeitarbeitslosigkeit bleibe hingegen ungeklärt. (3) Die Trends zu Lohnzurückhaltung, sinkenden Reallöhnen und einer Ausbreitung des Niedriglohnssektors hätten deutlich vor den Arbeitsmarktreformen eingesetzt. (4) Die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes bedeute dann aber eine einseitige Optionserweiterung für Arbeitgeber. Sie habe die Allokationsdynamik des Arbeitsmarktes entgegen der Zielsetzung der Reform gebremst und sei für Fachkräfteengpässe mitverantwortlich. (5) Der Druck auf die weitere Erosion kollektiver Arbeitsbeziehungen sei verstärkt worden und diese seien für die Verschlechterung der Entgelt- und Beschäftigungsbedingungen relevanter als die Reformen selbst.

Aus der **Diskussion** seien hier einige ausgewählte Punkte zusammenfassend hervorgehoben:

- Die *Allokationsdynamik der Arbeitsmarktreformen* sei in der Tat viel geringer als behauptet. Ihre Bedeutung liege aber im Druck auf die schon vorher eingeleitete Deregulierung und Erosion von Standards. Der Druck auf die einzelnen Arbeitnehmer habe sich enorm erhöht. Plötzlich waren die einzelnen Arbeitslosen selbst Schuld und nicht mehr die Politik. Die verkehrende Argumentation in Richtung auf Wettbewerbsfähigkeit habe zudem Druck in Richtung Arbeitszeitverlängerung bewirkt.
- Neben der Kritik an der Umverteilung von unten nach oben sei es *wichtig, an den Investitionen anzusetzen*. Anknüpfend an den ‚Marshallplan für Europa‘ – ein vielleicht problematischer Begriff, der aber in Deutschland mit dem Aufbaumythos verknüpft sei - sei die Frage, ob die Gewerkschaften einzelner Mitgliedsländer hier nicht konkretisierende Vorschläge machen könnten. Angesichts der massiven Arbeitslosigkeit in Südeuropa müsse man aber auch über Arbeitsbeschaffungsprogramme nachdenken – und die Infrastruktur verkomme auch hier bei uns. Von einem französischen Teilnehmer wurde gefragt, ob Kritik am NSA-Skandal, anders als in Frankreich, in Deutschland groß genug sei, um daraus ein großes Investitionsprogramm in europäische IuK-Techniken zu begründen und weshalb die deutschen Gewerkschaften nicht mehr so offensiv in der Frage des Exports ihrer Mitbestimmung seien.

- Ein weiteres Argument lautete: „*Vorfahrt für ein soziales Europa*“ – das *bleibe defensiv* solange die Argumente des Sparzwangs und der Wiedergewinnung von Wettbewerbsfähigkeit nicht destruiert werden könnten, etwa unter Hinweis auf die seit den 1970ern verdoppelte Reichtumsproduktion. Die Akzentuierung der Investitionsfrage sei wichtig, weil darüber auch die ökologische Krisendimension angegangen werden könne, ferner weil dann die modernen WissensarbeiterInnen nicht nur als unternehmerisch mitdenkend sondern auch mitentscheidend ins Spiel kämen und überhaupt Steuerungsfragen thematisiert werden könnten. Das Wettbewerbsparadigma auseinandernehmen, das ist richtig, aber kompliziert, wurde hierzu ergänzt. Man stehe da gegen hohe Zustimmungsraten. Die Schwierigkeit liege darin, die innere Logik des neoliberalen Arguments zu durchbrechen.
- Ein weiteres Argument war, dass wir in unserer Diskussion unsere Ziele sehr hoch ansetzten. Wir müssten aber *auch erreichbare Ziele setzen*. Teilerfolge seien auf dem Weg zu später vielleicht größeren sehr wichtig („Kaninchen statt Rentiere jagen – und so gestärkt später vielleicht auch das Rentier“).

M. Knuth betont in einem abschließenden Statement, sein Thema sei nicht gewesen, was die Agenda 2010 in den Köpfen angerichtet habe, sondern eine Analyse der tatsächlichen Arbeitsmarkteffekte. Der Mindestlohn komme nun hier, und er werde anderswo zerschlagen. Das könnte man argumentativ verknüpfen. Richtig sei, dass die Arbeitszeitverkürzung als Thema weg sei. Der Begriff des Marshallplans löse hier positive Assoziationen aus, nicht aber in den südeuropäischen Ländern. Dies liege neben unterschiedliche Faktoren wie Kulturen, Tradition und Sprache insbesondere an politischen Bedingungen im Nachkriegseuropa wie den Diktaturen in Spanien und Portugal, die in die Programme nicht einbezogen waren. Nicht alle Gewerkschaften seien in Europa so drauf, dass Investitionen / ‚Investitionslenkung‘ für sie ein Thema sei. Wie könne man da an tendenziell korrupten Strukturen vorbei operieren, ohne demokratische Verfahren zu thematisieren?

Annelie Buntenbach betont, dass die Arbeitslosigkeit größer sei als statistisch ausgewiesen. Sie könne der Einschätzung von Diskutanten, dass die Agenda 2010 jedenfalls ein politischer Sargnagel für die Sozialdemokratie gewesen sei, nicht widersprechen – sie sei mit zahlreichen Weichenstellungen in den Niedriglohnbereich verknüpft gewesen. Wie man mit dem europäischen Investitionsprogramm weiterkomme, sei ein Problem. Sie hätten viel Mühe gehabt, das anderen Gewerkschaftern nahezubringen, - obwohl es doch so nahe liege - auch weil die skandinavischen Gewerkschaften angesichts der Debatte zu Hause kein Geld in europäische Verantwortung geben wollten und es deshalb schwer sei, Wege für solidarische Finanzierung zu vereinbaren. „*Vorfahrt für ein soziales Europa*“, ja das sei immer noch defensiv. Aber wie komme man besser in die Offensive? In Deutschland sei vielleicht die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von TV zur Stärkung der Handlungsfähigkeit von Gewerkschaften wichtig.

4. Vorträge und Abschlussdiskussion des zweiten Tages

Guillaume Duval fragt zunächst - vor dem Hintergrund der am ersten Tag präsentierten und diskutierten Analysen -, wie heute der „Pakt der Verantwortung“ in Frankreich zu erklären und welche Effekte von ihm zu erwarten seien.

In Frankreich sei in der Vergangenheit immer wieder auf so etwas wie ein deutsches Modell geblickt worden – etwa in den 1980er Jahren als Gegenmodell zum angelsächsischen (Mi-

chel Albert). Damals also unter den Vorzeichen von mehr Macht (Tarifverträge, Beteiligung) für die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften. Dass es diese Debatte jetzt wieder gebe – nun mit gegenläufigen Argumenten -, habe damit zu tun, dass in Frankreich angesichts niedriger Arbeitskosten in anderen Kernländern der EU, z.B. in Deutschland, die Profite gesunken seien und man im Außenhandel von Überschüssen leicht ins Defizit geraten sei. Hier spiele auch eine Rolle, dass für Frankreich die südeuropäischen Länder und ihre Märkte wichtiger seien als für Deutschland. Insbesondere sei hier die französische Automobilindustrie, samt ihrer Zulieferer, in große Probleme geraten, weil ihr die südeuropäischen Märkte wegbrächen. Anders als andere Kernländer der EU habe Frankreich in der Vergangenheit eine geringere öffentliche Verschuldung aufzuweisen gehabt. Sie habe sich in der jüngeren Vergangenheit allerdings an Deutschland angeglichen und zuletzt etwas höher gelegen. Die Binnennachfrage spielt traditionell in Frankreich eine größere Rolle (Frankreich als consumer of last resort in der Eurozone), und es seien vergleichsweise mehr neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze kreiert worden als in Deutschland. Zuletzt habe dann die exzessive Sparpolitik der Regierung Hollande die Krise weiter verschärft. Damit hat die sozialistische Regierung Frankreich in die schwierige Lage gebracht, in der Logik der eingeschlagenen Politik nun noch mehr sparen zu müssen. Der „Pakt der Verantwortung“ sehe vor, die Arbeitskosten um ca. 30 Mrd. € und die öffentlichen Ausgaben um ca. 50 Mrd. € zu reduzieren. Das Ziel sei, dass Frankreich so an den Niedriglohnländern vorbeiziehen solle.

G. Duval argumentiert dann weiter, dass die französische Industrie zwar durch Wechselkursentwicklungen und durch die niedrigeren Arbeitskosten in den südostasiatischen Staaten und den Schwellenländern gelitten habe, nicht aber durch ein wirkliches Arbeitskostenproblem im Vergleich zu Deutschland. Sicherlich habe Deutschland gegenüber Frankreich von seinem negativen demographischen Trend zunächst profitiert (Frankreich hat seit 2000 einen Bevölkerungszuwachs von 4 Mio. Menschen). Deutschland profitiere insbesondere von seiner starken mittelständischen Industrie (Maschinenbau), während Frankreich höchstens Kernkraftwerke exportieren könne. Deutschland habe außerdem die wirtschaftlichen Vorteile des Falls der Mauer nutzen können, weil es dadurch in die zentraleuropäischen Länder mit ihren niedrigen Lohnkosten und hochqualifizierten Beschäftigten expandiert sei. Nur werde der „Pakt der Verantwortung“ in Frankreich all dies im Verhältnis zu Deutschland nicht verändern können.

Die Gründe für die spezifischen wirtschaftlichen Probleme Frankreichs lägen, so das Fazit, nicht in „Verkrustungen“ des Arbeitsmarktes, sondern – angesichts der Austeritätspolitik in Europa -, unter anderem, in der ganz anderen demographischen Entwicklung und anderen wirtschaftlichen Strukturen und Absatzmärkten. Komme der ‚Pakt der Verantwortung‘ - infolge des Drucks der Regierung Merkel und der EU-Kommission sowie verbreiteter neoliberaler Irrtümer auch bei den französischen Sozialisten – sei das für Frankreich schlecht und für die Eurozone insgesamt schlimm.

In der anschließenden **Diskussion** wurden einerseits die deutsch-französischen Vergleiche vielfach vertieft, andererseits Fragen nach politischen Handlungsoptionen und Schlussfolgerungen aufgeworfen. Die wichtigsten Argumente werden hier kurz zusammengefasst:

- Im Referat sei nichts zur *Produktivität und wenig zu Mikrostrukturen im Industrie und Dienstleistungsbereich* gesagt worden. Die sei in Frankreich immer höher gewesen als in Deutschland. (Der Referent stimmt zu und ergänzt, dass sich das für Deutschland durch die Billigjobs und den gewachsenen Niedriglohnbereich nicht verbessert habe). Ergänzend wurden Vergleiche zu Mikrostrukturen gezogen. Z. B. habe Frank-

reich in der Pharmaindustrie hinzugewonnen und produziere mehr Luxusgüter. Beim Tourismus lägen Frankreich und Deutschland inzwischen ziemlich gleichauf. Frankreich erziele hier einen Importüberschuss von ca. 8 Mrd. €, in der Industrieproduktion hingegen ein Defizit von ca. 60 Mrd. €. Frankreichs größtes Problem sei z. Z. die Automobilindustrie -einschließlich der Zulieferer.

- *G. Duval* ergänzt hier, dass in Frankreich niemand die deutsche Industrie nachmachen wolle. Eine vergleichbare mittelständische Industrie (Maschinenbau) fehle auch einfach. Der deutschen Industrie gehe es gut, aber sie produziert das Gleiche wie vor 100 Jahren. Frankreich habe bestimmte Stärken, z.B. in der Informatik. Und es habe im Vergleich zu Deutschland sehr hohe öffentliche Ausgaben. Der Armutsgrad sei in Deutschland zweimal so hoch wie in Frankreich. Die Staatsausgaben für Soziales (Renten und Gesundheit) sind in Frankreich höher als in Deutschland. In Frankreich wird z.B. 1% des BIP mehr für Gesundheit ausgegeben als in D. Die Kosten für Ärzte werden auch in Zukunft nicht angetastet. Und Frankreich sei das Land in der EU, in dem sich diese Ausgaben voraussichtlich am wenigsten erhöhen würden laut Prognose der EU-Kommission. Im UK, in Schweden oder Dänemark seien diese Ausgaben im Übrigen deutlich höher. In Frankreich sei ferner der Zentralstaat sehr stark zurück genommen worden. Die Ausgaben für Justiz und Bildung seien zurückgegangen, die Beschäftigungszahlen in den Kommunen seien angestiegen, was wieder reduziert werden müsse. Die Kosten für die Staatsverwaltung seien gar nicht so viel größer als in anderen EU-Staaten, das sei eine Legende. In Frankreich würden 19% des BIP für den öffentlichen Dienst ausgegeben, und das sei seit 30 Jahren stabil. Bei den Kommunen habe es im Übrigen, anders als in Deutschland, nie vergleichbare Kommunalreformen hin zu größeren Einheiten gegeben. Die Struktur sei sehr ineffektiv, weil zu viele Kommunen existieren. Das sei im ‚Pakt der Verantwortung‘ jetzt vorgesehen, aber erst für 2017 – und deshalb fraglich, weil bis dahin der nächste Regierungswechsel erfolgt sein könnte. Frankreich ist die 4. Nation in der Weltrangliste für den Immobilienbesitz pro Kopf, was unproduktiven Reichtum bedeutet. Das Erziehungssystem ist sehr schlecht. Die Armen kämen aus ihrer Schicht nicht heraus, nach Angaben der OECD. Das System sei sehr „lateinisch“, d.h. für die Reichen sollen die guten Schulen und Gymnasien zur Verfügung stehen, aber das ist eben nicht für alle Schichten gedacht. Dies sei aber auch ein Problem für die Wirtschaft, weil nicht genügend Qualifizierte zur Verfügung stehen, auch Menschen aus der Migrationsschicht kämen nicht an Qualifizierungsmaßnahmen heran.
- Ein zweite Gruppe von Diskussionsbeiträgen bezog sich auf *Zukunftsinvestitionen*. Es gehe nicht um die Lohnkurve. Es gehe um den Kapitalstock. Und da fände die Versündigung an der Zukunft statt – in Deutschland schon seit den Zeiten der Regierung Schröder. Es gehe um Wissensinfrastruktur als Zukunft! Hier entstehe ein entscheidender Nachteil gegenüber den USA. Im 19. Jahrhundert habe Deutschland ein Bündnis zwischen Arbeiterklasse und liberalem Bürgertum gehabt, das auf diesem Feld u.a. zur Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft geführt habe. Wenn wir heute die Arbeitskosten zum entscheidenden Punkt machten, dann verschliefen wir die Zukunft. Es gehe um Wissen als Bürgerrecht für alle.
- Die Frage nach der *Haltung der französischen Gewerkschaften* gegenüber den skizzierten, sich abzeichnenden Entwicklungen lag dann nahe. *G. Duval* führte dazu aus: die französischen Gewerkschaften seien nicht sehr mächtig. Das Muster von Streiks

sei ja eher: es explodiert irgendwo und die Gewerkschaften laufen dann hinterher. Die letzte konservative Regierung habe sogar in gewissen Grenzen versucht, die Gewerkschaften dadurch zu stärken, dass der Gesetzgeber gemeinsame Vorschläge von Arbeitgebern und Gewerkschaften zu sozialen Fragen beachten müsse. Allerdings müssten die Gewerkschaften dabei mindestens 50% der Arbeitnehmer repräsentieren. Bei fünf bis sechs konkurrierenden Gewerkschaften sei die dahinter stehende Idee gewesen, die Gewerkschaften zu Einigungen zu zwingen. Das habe aber nicht funktioniert, weil die CFDT zumeist mit den kleineren Gewerkschaften zusammen diese Hürde nehmen konnte, CGT und FO also nicht mitziehen musste. Was den ‚Pakt der Verantwortung‘ anbelange, so seien CGT und FO dagegen, während die CFDT Bereitschaft signalisiert, bestimmte Sparmaßnahmen in Höhe von 30 Mrd. € zu akzeptieren.

- Mit Blick auf *politische Schlussfolgerungen* wurden Referat und Debatte wie folgt zusammengefasst: Die erste Botschaft des Referats ist: der ‚Pakt der Verantwortung‘ wird die Probleme nicht lösen sondern eher verschärfen. Dennoch werde diese Politik forciert. Das führe zu der Frage, was eine sozialistische Regierung dazu treibe. Und im Blick auf die Widersprüche der Politik, die wir hier diskutierten, heiße das doch: die Sozialdemokratie reibt sich auf. Das sei zutiefst beunruhigend, weil so das Vertrauen breiter Kreise der Bevölkerung verloren gehen müsse. Dies führe zu der weiteren Frage: welche Kräfte stellen sich da dagegen? *G. Duval* führte hierzu aus. Die sozialistische Partei in Frankreich sei nie eine Arbeiterpartei gewesen, vielmehr eine der Angestellten des öffentlichen Dienstes sowie der Hochqualifizierten in der Privatwirtschaft. Man sollte ferner nicht davon ausgehen, dass Politiker rational handelten und Wähler entsprechend wählten. Merkels Politik sei sicherlich dumm, denn wenn Deutschland den Rest der EU am Rande der Deflation vegetieren lässt, dann verliere dabei auch Deutschland, weil die Defizitländer dann nicht nur konjunkturell ein Problem seien. Die Deutschen Überschüsse sind nicht in Deutschland investiert worden, wenn es also zur nächsten großen Bankenkrise komme, dann würden die Deutschen zum dritten Mal innerhalb eines Jahrhunderts ihre Werte verlieren. Schließlich sei zu bedenken: auch die Politiker der sozialistischen Partei kämen von den wenigen Eliteuniversitäten und gehörten somit zum „Staatsadel“ (Bourdieu). Und diese Politikerkaste sei viel neoliberaler als die echten Unternehmer. Sie kämpfe seit Jahren für eine neoliberale Wende, und sie sehe dafür nun eine Chance. Zudem dächten die Politiker in Frankreich, zumal nach der letzten Bundestagswahl, dass die deutsche Politik sich nicht ändern werde. Merkel hätte einen großen Anteil an den Erfolgen des FN.

Steffen Lehndorff beendete die Reihe der Referate mit einer Zusammenfassung der Diskussionsergebnisse und Fragen an die weitere Debatte. Wie sich zeige, erleben wir immer autoritärer gemanagte Restaurationsprojekte in der innereuropäischen Konkurrenz. Die Frage sei, wie wir uns vor diesem Hintergrund progressive Handlungsansätze vorstellen könnten? Da sei zunächst zu beachten: „Europapolitik wird nicht nur in Brüssel gemacht, sondern vielmehr von den Mitgliedsstaaten ausgehend. Dann gibt es Kettenreaktionen und Verschiebungen der Kräfteverhältnisse. Alles, was aus Brüssel komme, sei also Produkt der Entscheidungen, die auf nationaler Ebene getroffen würden – in erster Linie in Berlin“.

Was dann z.B. in *Spanien* geschehe, das geschehe dort auch grade in eigener Regie. Die regierende Volkspartei, mit tief ins Franco-Regime zurückreichenden Wurzeln, sehe jetzt die Möglichkeit erzkonservative Ziele mit Hilfe der EU umzusetzen – und sie wehre sich dabei zugleich gegen Eingriffe von außen. Auch die Koalitionsregierung im *UK* ziehe nun durch,

was der liberale Koalitionspartner so nie als Wahlprogramm verkündet habe, ja was Margret Thatcher so nie gewagt habe: ein neoliberales Programm mit Einsparungen im ÖD, das es so noch nie gab. Und typisch sei: Überall gab es zuvor sozialdemokratische Regierungen. Die haben sich dem Druck der EU gebeugt, wurden danach abgewählt und schufen so den Raum für den gegenwärtigen scharfen neoliberalen Durchmarsch. Die PASOK in *Griechenland* liege z. Z. noch bei noch ca. 5%. Und nun gebe es gegen den Neoliberalismus ein programmatisches Vakuum, das auch die Gewerkschaften einschösse. Für *Deutschland* gelte so: wenn hier irgendetwas nicht geht, dann doch nicht wegen des neoliberalen EU-Projekts. Hier geht fast alles! Und sei es, dass eben EU-Vereinbarungen gebrochen werden. Z. B. könnte man national doch das Problem der Vergaberichtlinien dadurch lösen, dass hier Allgemeinverbindlichkeitserklärungen geschaffen werden. Das „Race to the Bottom“ sei von Deutschland losgetreten worden.

Matthias Knuths Analyse der Agenda 2010 sei ja von den Arbeitmarkteffekten her geleitet. Die Leute vom IMK der HBS betrachten die Entwicklung hingegen vom Konjunkturzyklus her. Nehme man beide Analysen zusammen, dann sehe man: Im Zyklus 1 - vor der Agenda - habe die Wirtschaft geboomt, aber die Beschäftigtenzahlen seien gesunken. Im Zyklus 2 - nach der Agenda - seien Wirtschaft und Beschäftigung leicht gewachsen, während die Löhne sanken.

Das ist für eine Wachstumsphase „sensationell“. Entscheidend sei hier der massive Druck auf Arbeitnehmer und Gewerkschaften gewesen. Und nun komme das Paradox: Ziel der Agenda war die Schaffung von Flexibilität und für das Verhältnis der Regierung Schröder zu den Gewerkschaften galt da: „Wenn Du den Sumpf trocken legen willst, darfst Du nicht die Frösche fragen“. Seit der Weltfinanz- und Weltwirtschaftskrise werde nun aber der Binnenmarkt zum Hauptwachstumsfaktor. Also wurden die Schäden der Agenda auf dem Arbeitsmarkt eingedämmt. Paradox 1 sei damit, dass Deutschland nun durch Eindämmung der Schäden gestärkt werde. Und Paradox 2 sei, dass ausgerechnet das zur Basis dafür werde, nun die anderen EU-Länder auf eine Agenda-Politik zu verpflichten, die schon in Deutschland geschadet habe. Das werde in verschiedenen Varianten eines „kalten Krieges gegen die Arbeitnehmer und die Gewerkschaften“ durchgespielt und das sei jetzt der politische Dreh- und Angelpunkt: Gewerkschaften und Sozialdemokratie werden bei den anstehenden Auseinandersetzungen in der EU eine zentrale Rolle spielen und spielen müssen. In jedem Land brauche man nun europäische Reformprojekte dagegen. Und die Herausforderung sei, die europapolitische Dimension der daraus folgenden Auseinandersetzungen klar zu machen. Scheinbar kleine Projekte könnten da helfen (egal ob man „das Karnickel fängt“), sich an grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu gewöhnen. Deutschland sei eine europäische Hegemonialmacht. Aber es gelte auch: Je höher die Standards hier sind, desto eher gibt es dann auch europäische Mindeststandards.

Aus der **Abschlussdiskussion** seien hier aus dem Plenum und vom Podium einige zentrale Argumentationslinien zusammengefasst:

Es wurde eingewandt, dass *Deutschland in Europa keine Hegemonialmacht* sei, weil ein berechenbarer Hegemon mehr darauf achte, was um ihn herum passiere. Deutschland kämpfe aber nur für deutsche Interessen. Hegemonie heiße mit Gramsci Führung und nicht Dominanz. Führung aber gebe es nicht (mehr), denn es gebe kein neoliberales Entwicklungsmodell mehr. Wenn das Pendel zurückschlage, oder wenn die Krise sich erneut zuspitze, würden sich neue Fenster der Gelegenheit für eine alternative Politik öffnen. Dafür gelte es heute schon aus den Laboratorien in Griechenland oder Spanien zu lernen.

Strittig blieb allerdings, *woher entscheidende Veränderungsimpulse kommen* und was sie tatsächlich bewirken könnten. Was sei denn von der deutschen Sozialdemokratie zu erwarten, wenn es in Griechenland eine neue linke Mehrheit gebe? Sie werde knochenhart bleiben, denn der Koalitionsvertrag sei doch Merkel und Schäuble pur. Die Linke in Europa habe keine Alternative zum Austeritätskonzept entwickelt. Es gebe nicht einmal einen Diskurs. Und das z. Z. immerhin vorhandene, aber auch schwache Wachstum nutzten die Neoliberalen, um zu argumentieren, dass der Staat durch ihre Politik gerade etwas wettbewerbsfähiger geworden sei. Allerdings werde die Entwicklung im Süden auf den Norden zurückschlagen. Die befürchtete Erwartung sei dann, dass Probleme bei den Banken entstünden, die Krise aktualisiert werde und daraus allerdings auch neue Handlungsoptionen entstünden. Impulse, so ein weiteres Argument, seien eher zu erwarten, wenn die noch relativ starken Nachbarn Deutschlands (NL, Fr, I) infolge der Austeritätspolitik in eine tiefe Krise gerieten, aus der sie ohne Änderung der europäischen Politik nicht herauskämen. Schließlich wurde gesagt, es gebe sicherlich Gründe zur Skepsis, ob das nächste Fenster der Gelegenheit von Griechenland her geöffnet werden könne. Dennoch gebe es dort eine enorme Dynamik auf der Linken. Die Frage sei, wie die Gewerkschaften in Griechenland auf diese Herausforderung reagieren. Sie befänden sich in einem wahnsinnigen Prozess des Umlernens. Aber die großen Verbände seien PASOK-Verbände, deren Spitzen in der Bevölkerung und linken Bewegung in keiner Weise mehr anerkannt seien.

Bei der *gewerkschaftlichen ‚Strategielücke‘* sei die Diskussion über europäische Kooperationsansätze zu kurz gekommen (Stichworte: europäische Bürgerinitiative zur Wasserwirtschaft, Kampf gegen Zwangsräumungen, und nochmals: europäische Regelungen für einen europäischen Arbeitsmarkt). Im Falle einer linken Mehrheit in Griechenland sei im Übrigen dafür keine geschlossen unterstützende Position der acht Mitgliedsgewerkschaften des DGB zu erwarten. .

Strittig war ferner, *ob die Binnennachfrage in Deutschland steige*. Dies wurde einerseits bezweifelt - schon zu Zeiten der Regierung Schröder hätten die Gewerkschaften Lohnzurückhaltung geübt, und jetzt könne die Eurozone nur überleben, wenn Deutschland eine höhere Inflationsrate (von vielleicht 4%) habe. Mit Verweis auf jüngste Daten wurde eine wachsende Binnennachfrage aber auch als belegt angesehen. Aus ökologischer Perspektive sei allerdings ohnehin diskussionsbedürftig, was eigentlich das Wachstum sei, das wir wollen.

Im Blick auf die Forderung nach „Guter Arbeit“ im Titel der Veranstaltung wurde schließlich eine gewisse Beunruhigung über den Gleichmut zum Ausdruck gebracht, mit dem hingenommen werde, dass in Europa *Wettbewerbsfähigkeit durch Verstümmelung der lebendigen Arbeit* zu erreichen versucht werde. Notwendig sei die Entfaltung von deren Produktivkraft; und dann gehe es darum, politisch die dafür förderlichen Bedingungen herzustellen. Stattdessen erlebten wir eine Abwärtsspirale mit einer kurzen Scheinblüte auf Kosten der Südeuropäischen Länder. Dagegen wäre die Parole ‚Gute Arbeit‘ genau richtig – auch wenn das ein wenig wie „Kunst am Bau“ klinge. Es gehe um Wohlstand durch gute Arbeit.

Anne Karrass erklärte in ihrem Statement vom Podium aus, eine der erfolgreichsten europapolitischen Aktivitäten von ver.di. in der letzten Zeit sei der gute Abschluss der Tarifrunde im Öffentlichen Dienst gewesen, ebenso die Kampagne zum Mindestlohn, der nun endlich kommen würde. Höhere Löhne und ein anderer Diskurs in Deutschland würden sich auch auf die anderen EU-Mitgliedsstaaten positiv auswirken. Ansonsten müsse es darum gehen, Europa im Gewerkschaftsalltag zu „üben“ und in die jeweiligen Aktivitäten einzubeziehen. Ein Beispiel sei die Mobilisierung zur Europawahl, bei der die Fachbereiche aufgefordert

waren, darzustellen, wo Europa sie bzw. die jeweiligen Mitglieder konkret betreffe. So komme man von der Frage ‚Europa ja oder nein‘ zu der Frage ‚Europa- wie?‘ Für Perspektiven einer gewerkschaftlichen Arbeitspolitik in Europa sei es wichtig, Europa als Handlungsfeld und nicht als Akteur zu begreifen. Hierzu wäre auch die (Weiter-) Entwicklung von europaweit geführten Kampagnen wichtig. Mittel- bis langfristig müsste man jedoch auch Perspektiven für ein Soziales Europa weiter schärfen. Dabei könnte man - angelehnt an Prantel /SZ) - davon sprechen, dass Europa zu unserer Heimat werden soll, also als Schutzraum, den es demokratisch zu gestalten gelte.

Steffen Lehndorf erklärte abschließend, er verwende den Begriff Hegemonie vielleicht aus etwas „modischen“ Gründen. Damit verbinde sich nicht die Vorstellung, dass „durchgeknallte Neoliberale“ – wie jetzt auch in Frankreichs Staatselite – einen strategischen Plan hätten. Sicher sei, dass das Pendel zurückschlage. Bei der Frage, woher dann die Impulse kommen, sei entscheidend, wie hier in Deutschland auf denkbare Impulse reagiert werde. Wenn die Niederländer als ‚Musterschüler‘ Probleme bekämen, führe das sicherlich zu Verwerfungen, nicht aber zu einem Kurswechsel. Hingegen würde eine linke griechische Regierung ja sagen, sie habe ein anderes Programm. Und da käme die Sozialdemokratie hier ja nicht so ganz einfach heraus – und man dürfe sie da auch nicht herauslassen. Und dann stelle sich die Frage nach den Dominoeffekten. Im Übrigen habe man bei Prognosen sicher eine hohe Treffsicherheit, wenn man Pessimist sei; aber darum gehe es ja nicht.